

(Dr. Michael Brinkmeier [CDU])

(A) Deswegen sind die Streitereien zwischen Rot und Grün mittlerweile kontraproduktiv.

Drittens. Die CDU ist bei der grünen Biotechnologie gegen ein fundamentalistisches Nein. Die CDU will eine ergebnisorientierte Debatte. Es wäre im Übrigen sehr schön, wenn zu diesem Punkt auch der Herr Wirtschaftsminister in dieser Debatte noch etwas beitragen könnte. Aber es sieht so aus, als wäre das nicht mehr der Fall.

Die CDU erwartet jedoch, dass die Landesregierung eine einheitliche Position zur grünen Biotechnologie einnimmt, bevor es wirklich zu spät ist. - Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Dr. Brinkmeier. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht mehr. Damit schließen wir die Beratung.

(B) Wir stimmen ab über die Empfehlung des Ältestenrats. Er empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 13/2735** federführend an den **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz** sowie mitberatend an den **Ausschuss für Wissenschaft und Forschung**, den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie** und den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dann im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen.

Wer für diese Empfehlung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltung? - Damit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig **angenommen**.

Ich rufe auf:

5 Gesetz über die Errichtung des Landesjustizvollzugsamtes Nordrhein-Westfalen (Landesjustizvollzugsamtsgesetz - LJVAG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/1846

Beschlussempfehlung und Bericht
des Rechtsausschusses
Drucksache 13/2742

zweite Lesung

(C) Ich verweise zudem auf die **Berichtigung Drucksache 13/2769**. Ich eröffne die Beratung und erteile das Wort dem Kollegen Sichau für die SPD-Fraktion.

Frank Sichau (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Über den angesprochenen Gesetzentwurf ist eine breite Diskussion geführt worden. Wir haben eine Anhörung in dieser Sache durchgeführt, und das Ganze soll heute in eine Entscheidung einmünden. Die Tendenz ist dabei deutlich: Ab dem 1. August 2002 soll es in Nordrhein-Westfalen ein Justizvollzugsamt geben.

Die Terminfrage ist dabei allerdings nicht unproblematisch gewesen. Nur, es ist nicht einfach, solch eine Angelegenheit vielleicht bis 2005 länger oder kürzer schlichtweg offen zu halten. Daher ist eine zügige Entscheidung wichtig. Wie gesagt: Wir wollen sie heute treffen.

Nach der Sommerpause werden wir den Ort des neuen Justizvollzugsamtes bestimmen. In der bereits genannten Anhörung sind insgesamt vier Standorte angesprochen worden: Wuppertal, Hagen, Essen und Dortmund. Wir erwarten dazu im weiteren Verlauf der Ortsbestimmung entsprechende Informationen, um im Rahmen der Entscheidung über die Rechtsverordnung dann auch entsprechend zu votieren.

Es soll die vor Jahren begonnene Organisationsentwicklung - wir haben vor Jahren auch in diesem Haus darüber gesprochen - nunmehr von einem Amt begleitet und möglicherweise durch weitere Organisationselemente ergänzt werden.

Nebenbei möchte ich an dieser Stelle bemerken, dass wir die Informationstechnologieausstattung im Justizvollzug inzwischen abgeschlossen haben.

Die Anhörung hat im Übrigen gezeigt, dass eine Differenzierung folgendermaßen ausgesprochen sachgerecht ist, nämlich die Differenzierung in die strategischen Aufgaben beim Ministerium, in die operationalen Aufgaben im Justizvollzugsamt und natürlich dann - was die konkrete Umsetzung betrifft - in den entsprechenden 38 Justizvollzugsanstalten dieses Landes.

Das heißt in der Konsequenz, dass dieses Justizvollzugsamt langfristig Bestand haben wird, auch wenn der ein oder andere das in der Diskussion

(C)

(D)

(Frank Sichau [SPD])

- (A) immer wieder infrage stellt. Ich sage das an dieser Stelle noch einmal ganz deutlich: Dieses Amt wird langfristig Bestand haben.

Ich möchte schließlich noch einen Blick auf die Vergangenheit werfen. Wir haben in der vergangenen Periode die Kienbaum-Untersuchung aus der Mitte der 90er-Jahre diskutiert. Deren Ergebnis war: komplette Abschaffung der Justizvollzugsämter. Die CDU hat dieses Ergebnis seinerzeit kritiklos übernommen und in der Diskussion in diesem Haus von den so genannten Wasserköpfen in Köln und Hamm gesprochen. Insofern ist die gegenwärtig geäußerte Position der CDU unseres Erachtens schlichtweg nicht nachvollziehbar. Die Koalition hat sich damals für den Bestand der beiden Ämter ausgesprochen und eine so genannte Organisationsentwicklung einleiten lassen.

Alles in allem werden wir dem Gesetzentwurf mit den Änderungen, die wir im Ausschuss diskutiert haben und auf die ich auch in meiner Rede Bezug genommen habe, zustimmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

- (B) **Präsident Ulrich Schmidt:** Danke schön, Kollege Sichau. - Das Wort hat der Abgeordnete Biesenbach, CDU-Fraktion.

Peter Biesenbach *) (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Es überrascht, wie schnell Sie, Herr Kollege Sichau, mit Ihrer Begründung fertig waren. Ich würde jetzt gerne ketzerisch anschließen: Genauso dünn ist der Boden der Gründe, der diesen Gesetzentwurf trägt.

Über die Frage der Termine hätten wir uns einigen können, da wäre ein Korridor gewesen; denn auch wir sind gerne bereit, diesem Vorhaben zuzustimmen - im Jahre 2005 oder 2006, wenn die Entwicklung abgeschlossen ist.

(Frank Sichau [SPD]: Das unterscheidet uns!)

Aus der heutigen Sicht halten wir es für verantwortungslos.

Wenn Sie hier sagen, der Ort sei noch offen, dann muss ich schmunzeln; denn ich habe die Berichte und Briefe des Bau- und Liegenschaftsbetriebes gelesen, in denen steht, wie weit die

- (C) Vorgespräche über die Einrichtung der Liegenschaft in Wuppertal bereits gediehen sind. Aber das ist gar nicht der zentrale Punkt, über den ich mit Ihnen heute gerne streiten möchte.

(Zuruf von der SPD: Das kann ich verstehen!)

Als Problem wird im Gesetzentwurf angeführt - ich darf daraus zitieren -:

"Im nordrhein-westfälischen Justizvollzug ist die derzeitige Struktur mit zwei Mittelbehörden in Köln und in Hamm auch unter Berücksichtigung des weit fortgeschrittenen Organisationsentwicklungsprozesses überholt."

Es heißt dort:

"Ziel der Verwaltungsmodernisierung ist eine zeitgemäße, leistungsfähige Verwaltungsstruktur."

Im Ziel sind sich alle Fraktionen dieses Hauses mit der Landesregierung einig. Die Analyse verblüfft auch noch nach Monaten. Aus Expertenkreisen haben wir dafür auch keinen einzigen Beleg erhalten.

- (D) Anfangen sollte jeder, der die Diskussion beginnt, mit einer Arbeitsgruppe, die der Minister selbst eingesetzt hat und die sich "Vollzugsämter" nannte. In der Niederschrift der Sitzung dieser Arbeitsgruppe am 4. August 1999 - ich habe daraus in der ersten Lesung ausführlich zitiert - wird deutlich festgehalten, dass eine gegenwärtige Änderung sehr schwer wiegt, dass sie ohne deutliche Personalverstärkungen zu einer Zersplitterung der Ressourcen führt und dass der Zustand, der jetzt herbeigeführt werden soll, eine Schwächung der Effizienz des Vollzugs bedeutet, der besonders in Krisenzeiten schwer wiegt.

Aufgrund dieser Argumente, lieber Herr Sichau, hat sich auch die CDU Gedanken und die Mühe gemacht, einmal mit Insidern, mit Kennern des Strafvollzugs Kontakt aufzunehmen. Das ist der Grund, warum wir unsere Haltung geändert haben. Wir leben gern nach dem Prinzip: Keiner kann uns hindern, wirklich klüger zu werden.

(Lachen bei der SPD)

Bei allen Vollzugsinsidern besteht Einigkeit darüber, dass die Zusammenlegung frühestens 2005 oder 2006 sinnvoll ist. Damit wären wir einverstanden gewesen.

(Peter Biesenbach [CDU])

- (A) Warum das heute nicht mehr gelten soll, ist nicht geklärt. Wir haben weder in der Anhörung noch vom Minister auch nur ein tragbares Argument gehört. Das Ergebnis der Anhörung war für das Vorhaben geradezu vernichtend.

(Zuruf von der SPD: Unglaublich!)

- Ich werde darauf noch zu sprechen kommen; ich habe ja noch Zeit.

Wir haben drei angeblich Sachverständige gehört, die sich für die Zusammenlegung ausgesprochen haben. Interessanterweise war kein Einziger dabei, der den Strafvollzug von innen kannte. Alle drei blickten von außen auf den Strafvollzug. Einer der Experten, der Richter, sagte ja auch ganz deutlich:

"Meine Organisation, meine richterliche Berufsvereinigung, verfügt natürlich nicht über die Daten und Informationen, die etwa der Vorsitzende des BSBD hier vorträgt, und darum muss bei meiner Stellungnahme eine andere Optik walten."

Das war nicht die des Strafvollzugs.

- (B) Von der Vertreterin der Fachkommission "Strafvollzug NRW" der Gewerkschaft Ver.di hörten wir inhaltlich nichts. Ihr ging es nur darum, endlich Klarheit zu bekommen.

Als besonders brillant empfand ich den Unternehmensberater: Er hatte weder die erbetene schriftliche Stellungnahme abgegeben noch hatte er sonst inhaltliche Ausführungen zu machen. Wer den Strafvollzug in unserem Land mit einer Landwirtschaftskammer oder mit neuen Produkten vergleicht, die ein Industriebetrieb auf dem Markt platzieren will, der taugt nicht als Experte in einer solchen Anhörung.

(Beifall bei der CDU)

Alle übrigen Experten - fünf an der Zahl; alle detaillierte Kenner des Strafvollzugs in unserem Land - sprachen sich eindeutig, übereinstimmend und widerspruchsfrei für eine Beibehaltung der gegenwärtigen Struktur mit zwei Ämtern für zumindest noch drei oder vier Jahre aus.

Ich darf stellvertretend den Leiter der JVA Remscheid zitieren, der weiß Gott nicht im Verdacht steht, uns gut reden zu wollen. Der sagt ganz simpel:

- (C) "In diesem Stadium, in dem wir jetzt sind, in dem sich der Strafvollzug befindet, ist eine stabile Verwaltungsstruktur unverzichtbar. Aus diesen Ausführungen"

- er bezieht sich auf seine gesamten Ausführungen -

"folgt bereits, dass ich den Entschluss zur Zusammenlegung der Justizvollzugsämter zum jetzigen Zeitpunkt außerordentlich bedauere."

Etwas später sagte er dann:

"Daher stellt sich das Projekt der Zusammenlegung für mich zum jetzigen Zeitpunkt nicht als Meilenstein, sondern als Hemmschuh auf dem Wege der Verwaltungsmodernisierung im Justizvollzug dar. Vorteile kann ich mir von der Konzentrierung nicht versprechen."

Diese Ansicht finden Sie durchgängig bei allen Insidern des nordrhein-westfälischen Strafvollzugs.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Helmut Linssen)

Das ist auch der Grund, warum es der Koalition nicht gelungen ist, einen Sachverständigen aus dem Strafvollzug zu gewinnen, der für sie als Experte auftrat. Sie waren doch alle da; auch Ihnen nahe stehende Kenner haben als Zuhörer an der Anhörung teilgenommen. Nur, sie waren nicht bereit, Ihre Position zu tragen. Gibt Ihnen das nicht zu denken?

(Zuruf von der CDU: So sind die!)

Nicht einmal die eigene Fachabteilung des Ministers trägt dieses Vorhaben. Sie, Herr Minister, werden selbst in eigenen Kreisen in dieser Frage als "beratungsresistent" bezeichnet.

Gibt Ihnen das nicht zu denken?

Die Lage im Vollzug wird ständig schlechter und die Stimmung in den Anstalten wird von langjährigen Kennern des Strafvollzugs in unserem Land als so schlecht wie noch nie bewertet. Dabei bekommen Sie, Herr Minister, auch kein gutes Zeugnis von den Insidern ausgestellt. Die sprechen davon, dass Sie seit Jahren Pläne verkünden, Prioritäten und Posterioritäten im Vollzug beschreiben zu wollen. Geschehen ist nichts. Überall ist von Stagnation die Rede. Selbst der Unternehmensberater bescheinigt Ihnen in der

(D)

(Peter Biesenbach [CDU])

- (A) Anhörung, dass mehr Führung durch das Ministerium sinnvoll sei.

Der Strafvollzug befindet sich in einer Phase der allgemeinen Verunsicherung. Sie wird ausgelöst durch eine qualitative Änderung bestimmter Gefangenengruppen. Wir bekommen es immer wieder mit: zunehmende Gefährlichkeit, gezielte Stimmungsmache von innen nach außen, aber auch der Versuch der Bildung subkultureller Gruppierungen ähnlich wie in den USA oder England.

Ich brauche nur wenige Beispiele zu nennen. Lassen Sie mich mit dem jüngsten anfangen: dem Hungerstreik deutsch-russischer Strafgefangener vom 18. bis 23. Mai in der JVA Münster. Immerhin beteiligten sich daran zeitweise 42 Strafgefangene. Ich hoffe, dass der Minister darüber informiert wurde und das nicht auf dem Informationswege hängen geblieben ist.

Ein weiteres Beispiel ist die Schießerei in der JVA Brackwede I. Es ging darum, einen der Bandenkriminalität Angeklagten auszuführen, wobei es zu einer Schießerei kam.

Bis jetzt haben die Bediensteten Posten gehalten, doch es reicht ihnen. Wir haben Petitionen aus drei Strafanstalten: aus Köln 187, aus Wuppertal 110 und aus Rheinbach 130. Am 6. Juli werden sie erstmals auf die Straße gehen, weil sie sagen: Es reicht!

- (B) Und in dem Augenblick, in dem sie Zuspruch und Unterstützung brauchen, kommt die Idee, den stabilisierenden Faktor - die Mittelbehörden - zusammenzulegen, wozu alle Experten sagen: Unsinn! Zum jetzigen Zeitpunkt gefährlich!

Diese Situation, Herr Minister - Sie wollen das; ich weiß, dass die Kollegen der SPD-Fraktion es eigentlich nicht wollen -, bringt Sie dazu, zu sagen: Dann muss ich dafür die Verantwortung übernehmen. - Sie wollen diesen Zusammenschluss gegen den Rat aller Insider, einschließlich Ihrer Fachleute. Gründe dafür haben Sie belastbar nicht nennen können. Dann tragen Sie auch persönlich das Risiko. Wir werden Sie aus dieser Verantwortung nicht entlassen und lehnen den Gesetzentwurf zum gegenwärtigen Zeitpunkt ab.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Biesenbach. - Für die FDP-Fraktion spricht jetzt Herr Kollege Söffing.

(C)

Jan Söffing (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bereits bei der ersten Lesung des Gesetzentwurfs hatten wir Zustimmung zu dem Vorhaben avisiert. Daran hat sich auch nach Durchführung der Anhörung nichts geändert.

Die grundlegende Modernisierung der öffentlichen Verwaltung bildet nach wie vor eine entscheidende Zukunftsaufgabe. Der Gesetzentwurf, den wir hier heute in zweiter Lesung diskutieren, stellt einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung dar.

Richtig ist jedenfalls, dass die strategisch-politische Planung im Justizministerium angesiedelt ist, aber auch nur die politisch-strategische Planung. Die Durchführung des operativen Geschäfts gehört in eine oberste Landesbehörde. Dies war bei unseren Ämtern aus guten Gründen so, und dies wird bei einem einheitlichen Amt, das es zu schaffen gilt, so bleiben.

Kurz zusammengefasst stellt sich für die FDP nach der Anhörung die Situation wie folgt dar: Keiner der Experten hat sich für eine dauerhafte Beibehaltung von zwei Vollzugsämtern ausgesprochen und keiner der Experten konnte konkrete Sicherheitsrisiken benennen, die auf die Einführung nur eines Amtes zurückzuführen wären. Hauptkritikpunkte an dem Gesetzentwurf waren und sind der Zeitpunkt der Zusammenlegung und der Standort. Angesichts des nunmehr geänderten § 1 bedarf die Standortfrage heute keiner weiteren Erörterung.

(D)

Die Kritik, es sei wegen des noch fehlenden Abschlusses des Organisationsentwicklungsprozesses jetzt nicht der richtige Zeitpunkt, vermag kaum zu überzeugen. Sie, meine Damen und Herren von der CDU, und Sie, Herr Biesenbach - Sie hatten es eben angesprochen -, wollen doch nicht allen Ernstes den Bediensteten in den Vollzugsämtern zumuten, einen Organisationsentwicklungsprozess noch über mehrere Jahre zu betreiben, an dessen Ende - bereits jetzt absehbar - die Erkenntnis steht: Die mühsam gefundenen neuen

(Jan Söffing [FDP])

- (A) Strukturen werden keinen Bestand haben, da dann die Zusammenlegung der Vollzugsämter bevorsteht. - Damit ist das, was im Rahmen des Organisationsentwicklungsprozesses in den nächsten Jahren in den Ämtern noch geschehen soll, schon heute Schnee von gestern. Ein solches Vorgehen ist demotivierend und kontraproduktiv.

Zu Recht, glaube ich, hat Frau Schiewe von der Gewerkschaft Ver.di gesagt - ich glaube nicht, dass ein Liberaler im Verdacht steht, Sprachrohr einer Gewerkschaft zu sein; gleichwohl möchte ich sie zitieren -:

"Die Gewerkschaft Ver.di möchte endlich Klarheit für die betroffenen Beschäftigten in beiden Vollzugsämtern haben. Wir beobachten seit Monaten und Jahren die unterschiedlichen Botschaften über die Schließung beider Ämter: angedacht - verschoben - aufgeschoben - vertagt - nunmehr wieder reaktiviert. Der Frust, das Sinken der Motivation und die Identitätskrise zu der Arbeit in einer Mittelbehörde haben uns, der Gewerkschaft Ver.di, großen Kummer bereitet."

Recht hat sie. Das muss jetzt ein Ende haben.

- (B) Meine Damen und Herren, als Konsequenz aus der Zusammenlegung muss allerdings auch klar sein, dass die in der Vergangenheit gewährleistete Beratungs- und Kontrolldichte so nicht erhalten bleiben wird. Verantwortung ist vor Ort wahrzunehmen. Wenn wirklich Zweifel daran bestehen, ob die Anstaltsleiter dem gerecht werden - dies klang zumindest bei der Expertenanhörung und bei den im Vorfeld geführten Gesprächen manchmal an -, dann ist das kein Mangel im System. Das müsste im Rahmen der Umsetzung der neuen gesetzlichen Regelung durch geeignete Maßnahmen einer Lösung zugeführt werden. Ich habe aber den Eindruck, dass die Anstaltsleiter durchaus bereit sind, sich den neuen Herausforderungen zu stellen.

Wie das mit der allumfassenden Betreuung durch die Mittelbehörden in der Vergangenheit gesehen wird, hat ein Anstaltsleiter in einer Diskussion in der vergangenen Woche auf den Punkt gebracht. Er sagte: Wir brauchen keine Betreuung, wir sind doch nicht behindert! - Auch das ist Stimmungslage in den Behörden vor Ort.

Zusammengefasst lässt sich also sagen: Die gefundene Struktur mit einem Amt ist für die Erledi-

- gung der Aufgaben ausreichend und wird den Anforderungen an eine moderne Verwaltung gerecht. Probleme wird es anfänglich sicherlich bei der Umsetzung geben. Dies soll uns aber nicht daran hindern, hier heute die richtige politische Weichenstellung vorzunehmen. (C)

Enden möchte ich daher mit dem in der Anhörung vorgebrachten Fazit von Herrn Zander, der im Übrigen einziger externer Experte gewesen ist und dem damit - das glaube ich schon sagen zu dürfen - eine ganz besondere Aufmerksamkeit zu schenken ist, wenn es darum geht, interne Prozesse neu zu gestalten.

Sein Fazit lautet wie folgt:

"Genauso wichtig wie die strategische Entscheidung, die Sie treffen werden, ist dann die Umsetzung. Sie können noch so gute Ideen haben und sich noch so gute Systeme ausdenken - wenn die Umsetzung halbherzig durchgeführt wird und Sie währenddessen immer wieder zurückblicken, dann klappt das Ganze nicht. Heutzutage kommt es sehr oft vor, dass schlechte Umsetzungen ein gutes System infrage stellen. Deshalb empfehle ich Ihnen: Wenn Sie sich für dieses eine Amt entscheiden sollten, dann lassen Sie bitte auch alle anderen Überlegungen weg und tun das, was man als vernünftiger Organisator tut: Führen Sie die Lösung, die Sie verfolgen, zum Erfolg; setzen Sie alles darauf, dass die Umsetzung klappt; überlegen Sie nicht ständig, was nicht funktionieren könnte." (D)

Wir haben uns für das eine Amt entschieden. Ihnen, Herr Minister Dieckmann, wünsche ich viel Erfolg bei der Umsetzung. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei FDP, SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Söffing. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich jetzt Frau Haußmann das Wort.

Sybille Haußmann (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es passiert mir nicht sehr häufig, dass mir Herr Söffing von der FDP in einer Rede meine Argumente vorwegnimmt. Ich kann Ihnen nur beipflichten: Wir

(Sybille Haußmann [GRÜNE])

- (A) wollen mit diesem Gesetz eine vernünftige und sinnvolle Entscheidung treffen. Das, was wir sowohl im Plenum als auch mehrfach in den Ausschüssen, in der Anhörung, in den Diskussionen mit den Betroffenen vor Ort immer wieder in vielen verschiedenen Runden und in vielen Stunden diskutiert haben, hat mich letztendlich nicht davon überzeugt, der Haltung von Herrn Biesenbach oder auch der Haltung manch anderer Experten zu folgen und zu sagen: Wir müssen noch warten; wenn wir schon umziehen sollen, dann doch bitte erst in ein paar Jahren.

Ich möchte das noch einmal betonen: Wieso soll man einen Organisationsprozess in zwei verschiedenen Ämtern - so wie es heute ist - weiter führen, um dann am Ende dieses Prozesses zu sagen: Jetzt machen wir alles ganz anders und fassen diese zwei Ämter zusammen? - Man muss einen Organisationsprozess doch in eine bestehende Struktur einfügen; denn es geht darum, wer die handelnden Personen sind, wo und in welcher organisatorischen Verwaltungsstruktur das Ganze stattfindet. Ich kann daher nicht nachvollziehen, wenn hier die Ansicht vertreten wird: Wir müssen jetzt erst weiter unsere Organisationsstruktur entwickeln, und dann ziehen wir um. - Ich befürchte, dass das die Argumente derer sind, die hoffen, dass in zwei oder drei Jahren gesagt wird: Jetzt sind wir mit unserer Organisationsuntersuchung und unserer Organisationsentwicklung fertig, und jetzt hat niemand mehr ein Argument, aus den zwei Justizvollzugsämtern eines zu machen. - So weit möchte ich es nicht kommen lassen.

(B)

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Herr Biesenbach, auch Sie argumentieren hier immer so, als würden Sie die Basis vertreten. Ich möchte schon noch einmal darauf hinweisen, dass man nicht alle Probleme, die im Justizvollzug erwiesenermaßen auftreten können, bewältigen kann; denn die Situation im Strafvollzug ist sehr schwierig. Ich will hier auch nicht in Abrede stellen, dass die Justizvollzugsbeamten unter sehr starkem Druck stehen und dass die Personalausstattung eng ist. Aber sozusagen alle Probleme in einen Topf zu schmeißen, einmal umzurühren und zu hoffen, dass daraus eine populistische Parole wird, mit der man gegen die Justizvollzugsämter agieren kann, geht nicht und ist auch nicht stimmig.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Letztendlich soll die Zusammenlegung der Justizvollzugsämter ja zur Stärkung der Vollzugsanstalten führen. Immerhin gehen 30 Stellen aus dem Verwaltungskopf an die Basis zurück, und es wird wieder dort die Arbeit getan, wo sie getan werden muss.

(C)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir brauchen eine effiziente Verwaltungsstruktur. Wir sind es den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern in diesem Land schuldig, unsere Verwaltung effizient zu organisieren, um so viel wie möglich an Personal zu sparen und so zu arbeiten, dass es für den Steuerzahler am preisgünstigsten ist. Ich denke, das sind wir all denen schuldig, die die Stellen mit Ihren Steuermitteln bezahlen müssen.

Ein letztes Argument zu der immer wiederkehrenden Behauptung, es seien zu weite Wege und es sei keine Betreuung mehr möglich. Herr Söffing sagte schon: Die Justizvollzugsanstalten brauchen keine Betreuung. Sie brauchen vielleicht manchmal Beratung, sie brauchen Unterstützung, und sie brauchen eine effiziente Behörde, die die Angelegenheiten, die zu regeln sind, mit ihnen zusammen regelt.

Aber das geht natürlich nicht, wenn sich alle auf den Standpunkt stellen: Wir wandern jetzt aus dem ganzen Land nach Wuppertal oder Hagen oder wohin auch immer, drücken dort die Stechuhr, setzen uns in unsere Büros und warten darauf, dass das Telefon klingelt. So geht es natürlich nicht.

(D)

Eine moderne Verwaltung sucht die Leute dort auf, wo sie sind, und sie sucht natürlich auch die Justizvollzugsanstalten dort auf, wo sie sind. Das muss nicht von dem zentralen Amt aus geschehen, sondern das kann natürlich auch vom Wohnort des jeweiligen Dezernenten oder der jeweiligen Dezernentin aus geschehen. Es wird die Vollzugsanstalt aufgesucht, die am nächsten und für die man zuständig ist. Denn es ist auch effizientes Verwaltungshandeln, wenn man Fahrtwege vermeidet.

Da möchte ich noch einmal darauf verweisen, dass es moderne Kommunikationstechnologien gibt, die den privaten Arbeitsplatz mit dem dienstlichen Arbeitsplatz verbinden, ob das E-Mail, Fax oder Telefon ist. Da reicht es auch nicht, zu sagen: Der ist dann telefonisch nicht erreichbar. - Heute kann man jede moderne Telefonanlage auf Handy umschalten. Das wird manchmal so-

(Sybille Haußmann [GRÜNE])

(A) gar hier im Landtag gemacht, falls Ihnen das noch nicht aufgefallen sein sollte.

In meiner Heimatstadt Düren wird das übrigens sehr effizient, sehr sinnvoll und sehr erfolgreich und zur Zufriedenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter praktiziert, z. B. bei den Rechnungsprüfern, die in den Kommunen vor Ort sein müssen, die dort ihre Arbeit erledigen und nicht immer in die zentrale Verwaltung zurückkehren müssen.

Wir sind für den Gesetzentwurf. Wir sind dafür, im Sinne eines effizienten Verwaltungshandelns die beiden Justizvollzugsämter zusammenzulegen. Ich bin überzeugt davon, dass wir damit ein zukunftsfähiges Modell erhalten und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen attraktiven und sinnvollen Arbeitsplatz erhalten können. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Kollegin Haußmann. - Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Dieckmann.

(B)

Jochen Dieckmann, Justizminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Landtagsplenum entscheidet heute voraussichtlich - das lässt sich nach den klaren Äußerungen von drei Fraktionen annehmen - abschließend über ein Gesetzesprojekt, das sehr ausführliche Beratungen erfahren hat. Es ist nicht die Zeit und der Anlass, dies im Einzelnen zu bewerten. Aber ich glaube, es ist sehr umfangreich diskutiert und gestritten worden. Man kann heute allerdings die Frage stellen, ob man eine solche Entscheidung nicht früher hätte treffen müssen.

Zu den Fragen von Herrn Biesenbach würde ich gerne eine Gegenfrage stellen, nämlich: Wie halten es die anderen Bundesländer? Sie wissen es, Herr Biesenbach. Die anderen Bundesländer haben keine einheitliche zentrale Mittelinstanz; sie steuern den gesamten Strafvollzug aus dem Ministerium heraus. Dies geschieht sogar in großen Flächenländern wie Niedersachsen und in einem Land, das Ihnen in diesen Tagen so gern als Bezugsgröße dient: im Freistaat Bayern.

Wir in Nordrhein-Westfalen entscheiden uns jetzt auch für eine zentrale Steuerung der vielfältigen

und differenzierten Aufgaben des Justizvollzugs. (C) Wir wollen dies aber in einer Form machen, die sich an die übrige Verwaltungsgliederung in unserem Land anpasst, nämlich als Teil einer Dreistufigkeit, wie wir sie in den übrigen Verwaltungsbereichen praktizieren.

Man erkennt in diesem Gesetzesprojekt unschwer auch die übrigen Ziele der Verwaltungsmodernisierung: Wir straffen die Verwaltung, wir bündeln die Zuständigkeiten, und wir vernetzen die einzelnen Dienststellen. Das führt dann auch zu praktischen Verbesserungen.

Verbesserungen sind möglich, meine Damen und Herren. Herr Biesenbach hat ja den Versuch gemacht, die jetzigen Vollzugsämter heilig zu sprechen. Ich glaube, auch Herr Biesenbach kennt die Praxis. Wenn man sich vor Ort einmal mit den Praktikern in den Personalräten unterhält, dann wird das ein oder andere an Verbesserungswürdigem sehr schnell deutlich. Dazu gehört insbesondere, dass wir den Aufwand an Koordinierung und Abstimmung zwischen den beiden Landesteilen zurückführen. Wir schaffen mit dem Gesetz die notwendigen Grundlagen für landeseinheitliche Entscheidungsstrukturen und für eine einheitliche Entscheidungspraxis.

(D)

Aus all dem wird der Justizvollzug neue Energie, Zuversicht und - das will ich ganz deutlich sagen - auch eine einheitliche Orientierung für die abschließende Phase des schon erfolgreich laufenden Prozesses der Organisationsentwicklung gewinnen.

Bei all dem - das ist schon mit Recht gesagt worden - steht eine klare Trennung von strategischen und operativen Aufgaben im Vordergrund. Dazu gehört der Aufbau eines tragfähigen Controllings und die weitere Umsetzung der neuen Steuerungsmodelle in allen Behörden des Justizvollzugs. Dazu kommen die Weiterführung der Aufgabenkritik als ständige Aufgabe der Justizverwaltung, aber auch des Justizvollzugs und schließlich die konsequente und weitergehende Stärkung der Stellung, aber auch der Verantwortung der Leiterinnen und Leiter der Vollzugsanstalten sowie der Vollzugsanstalten selber.

Meine Damen und Herren, Sie entscheiden heute über das Ob dieser Veränderung. Ich glaube, dass wir hier die Grundlage für eine zukunftsorientierte Steuerung schaffen. Über das Wo des zentralen Amtes werden wir uns in dem vorgeschlagenen

(Minister Jochen Dieckmann)

- (A) Verfahren bald verständigen können. Ich werde mich gerne dafür engagieren, dass die Lösung dieser Frage ebenso zügig und konsequent angegangen wird wie die anschließende Umsetzung dieses Gesetzes.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Minister Dieckmann. - Für die CDU-Fraktion spricht jetzt Frau Kordowski.

Gabriele Kordowski (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Frau Haußmann, zunächst einmal an Sie: Sie wundern sich darüber, dass Herr Söffing Ihnen zugestimmt hat. Ich denke, das liegt ein Stück daran, dass die FDP ja jetzt auf dem Wege ist, eine große Volkspartei werden zu wollen.

(Zurufe von der SPD)

- Sie können ruhig versuchen, mich zu stören. Das wird Ihnen nicht gelingen. Das sage ich vorab, damit das vielleicht gleich aufhört.

- (B) (Lachen und Zurufe von der SPD)

In der Rechtsausschusssitzung am 30. Januar gab der Vorsitzende der Strafvollzugskommission, mein Kollege und Vizepräsident Jan Söffing, den Bericht der Kommission über ihre Tätigkeit bis zum Ende des Jahres 2001 ab. In dem Protokoll steht dazu - ich zitiere -:

Es "ergebe sich das Bild eines ... Strafvollzugs, in dem vor Ort mit sehr großem Engagement der Beschäftigten gearbeitet werde.

Der Dank gebühre deshalb denjenigen, die den Strafvollzug mit den beschränkten Ressourcen aufrechterhielten, in besonderem Maße."

Das haben wir heute schon gehört. Ich denke, wir alle werden uns diesen Worten anschließen.

Aber eben diesen Menschen, die eine unglaublich wichtige und verantwortungsvolle Arbeit leisten, meine Damen und Herren, hören wir nicht zu. Das ist jedenfalls mein Eindruck in dieser Debatte. Aus heutiger Sicht muss man die Expertenanhörung am 29. Mai als schiere Arbeitsbeschaffungsmaßnahme werten. Wir haben die Stellungnahmen der

- (C) Experten gehört. All diejenigen, auf deren Rat Sie, Herr Minister, vorgeben zu hören - ich denke an Herrn Dr. Koepsel oder an Herrn Jäckel -, haben Ihrer Idee zum jetzigen Zeitpunkt - ich betone: zum jetzigen Zeitpunkt - eine Absage erteilt. Sie alle waren sich in ihrem Urteil einig, dass der von Ihnen gewählte Zeitpunkt falsch ist. Jedenfalls alle - ich wiederhole das noch einmal -, die sich im Strafvollzug auskennen. Sie alle sprachen von einer Nothelferfunktion. Ist das alles nicht mehr wahr?

In Wahrheit, Herr Minister - davon gehe ich aus -, wollen Sie die Verantwortung letztlich unterm Strich nicht übernehmen. Das ist der Grund dafür, dass Sie für ein Amt plädieren. Ansonsten könnte man ja auch nach Aussagen von Frau Haußmann und Herrn Söffing die Mittelbehörde ganz abschaffen und eine Stabsstelle am Ministerium anlagern. Das würde die ganze Sache noch konsequent machen.

Dass Sie als Beleg für Ihr einziges Argument - und darum geht es und um nichts anderes -, dem der Verwaltungsverschlingung, das wir normalerweise immer unterstützen, einen freien Unternehmensberater wählten, der die Vollzugsämter mit Landwirtschaftskammern verglich - Peter Biesenbach hat es schon gesagt -, spricht für sich selbst. Es geht eben nicht, meine Damen und Herren, um das liebe Vieh. Hier geht es um sicherheitsrelevante Fragen. Wer das außer Acht lässt, wird sich dafür verantworten müssen.

Denn mehr als die Hälfte - ich betone es: mehr als die Hälfte - aller Anstalten fühlt sich nach eigenen Aussagen noch nicht genügend vorbereitet auf ihre zukünftigen Aufgaben. Es geht eben nicht nur um die Zusammenlegung zweier Ämter ohne jegliche Konsequenz zu diesem Zeitpunkt. Hier geht es um den Eingriff in noch nicht abgeschlossene Erprobungsphasen gegen den Rat der Mitarbeiter.

Der Bund der Strafvollzugsbediensteten, der immerhin fast 90 % der Mitarbeiter vertritt - und das nicht ohne Grund, denn von Ver.di werden sie gerade "verkauft" -, warnt eindringlich vor diesem Schritt. Hier setzt man sich kalt über die Bedenken der wirklichen Experten hinweg, die betonen: Wir müssen erst mehr Klarheit über die Auswirkungen der zukünftigen Aufgabenverteilung gewinnen. Wir brauchen mehr Zeit. Wir übernehmen die Mehraufgaben gerne, wenn wir sicher sind, dass wir sie auch bewältigen können.

(C)

(D)

(Gabriele Kordowski [CDU])

- (A) Das nenne ich verantwortungsvoll. Und, meine Damen und Herren, Verantwortungsgefühl ist genau das, was wir jeden Tag von diesen Menschen verlangen, damit wir gut schlafen können.

Die Haltung und die damit verbundene Beratungsresistenz der Landesregierung in diesem hochsensiblen Bereich sind für mich völlig unverständlich. Sagte doch Staatssekretär Dästner in der Anhörung:

"Ich kann aber nicht nachvollziehen, warum der geplante Schritt zu so weitgehenden Folgerungen Anlass gegeben hat."

Ich wünsche Ihnen, aber vor allem den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes, dass sie mögliche Folgen nie erleiden müssen.

Was der Staatssekretär nicht nachvollziehen kann, was offensichtlich der Minister nicht nachvollziehen kann, das können diejenigen nachvollziehen, die sich im Strafvollzug auskennen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

- (B) **Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Vielen Dank, Frau Kollegin Kordowski. - Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Herr Körfges.

Hans-Willi Körfges (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich erhöhe jetzt erst einmal körperlich ein bisschen das Niveau.

(Beifall bei der SPD)

Die Justiz in Nordrhein-Westfalen, Herr Präsident, meine Damen und Herren, ist Bestandteil unserer Gesellschaft. Sie steht im Leben und besitzt in ihrer Verwaltung leistungsfähige und leistungsbereite Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Und denen steht sicherlich auch im Rahmen einer Anhörung eine Meinung zu. Das ist vollkommen unbestritten.

Herr Kollege Biesenbach, ich beurteile allerdings die in der Anhörung geäußerte Skepsis zum Zeitpunkt der Zusammenlegung der Vollzugsämter mit Verlaub ein bisschen anders. Sie haben eben bezogen auf die frühere Meinung der CDU gemeint, keiner könne Sie daran hindern, klüger zu werden. Offensichtlich hat Ihnen auch keiner ge-

holfen. Ich hoffe, dass ich jetzt ein bisschen zur Klärung der Dinge beitragen kann.

Denn das, was Sie in der Vergangenheit unter Berufung auf eine namhafte Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsunternehmung, nämlich unter Berufung auf Kienbaum, gefordert haben, ist das glatte Gegenteil von dem, was Sie hier heute zum Besten geben. Ich sage einmal: Entweder man ist kritisch Unternehmensberatern gegenüber oder aber man stimmt denen zu. Aber so ein bisschen mal hier und ein bisschen mal da ist eigentlich typisch für einen Politikstil, der sich wenig an sachlichen Argumenten orientiert.

(Beifall bei der SPD - Frank Baranowski [SPD]: Opportunismus nennt man das!)

Streitig sollte eigentlich hier nur noch sein, wann der richtige Zeitpunkt für die von allen Rednerinnen und Rednern hier hervorgehobene Notwendigkeit der Zusammenlegung der Justizvollzugsämter ist. Ich habe allerdings ein wenig den Eindruck, dass das, was Sie in der letzten Wahlperiode noch als Wasserköpfe bezeichnet haben, bei Ihnen mittlerweile einen Kultstatus bekommt. Sie machen regelrecht einen Fetisch daraus. Die Tatsache hingegen, dass wir konsequent auf das aufsetzen, was in anderen Verwaltungsbereichen in Nordrhein-Westfalen umgesetzt ist, zeigt, dass wir nach einem Konzept vorgehen. Dieses Konzept bedeutet: auch im Bereich des Justizvollzugs eine Mittelbehörde. Diese Mittelbehörde ist nach unserer Ansicht unstrittig und sie war unstrittig. Wir führen den Kurs, den die Landesregierung insgesamt eingeschlagen hat, nur konsequent fort und begleiten ihn.

Es wäre ein schlechtes Zeichen, wenn die Beschäftigten im Vollzug jetzt in ein hohes Lied über die Maßnahme einstimmen würden. Diejenigen, die in dieser Behördenstruktur verantwortlich gearbeitet haben und arbeiten, besitzen gottlob ein hohes Maß an Identifikation mit ihrer Aufgabe und mit den Strukturen.

Nur deshalb müssen die Strukturen doch nicht tabuisiert werden. Man muss an Strukturen herangehen können, insbesondere dann, wenn das mit vernünftigen Zielen verbunden ist. Diese Diskussion jetzt zum Anlass zu nehmen, die Zuverlässigkeit oder gar die Sicherheit im Strafvollzug infrage zu stellen, ist gelinde gesagt wenig seriös, meine Damen und Herren von der CDU.

(Beifall bei der SPD)

(C)

(D)

(Hans-Willi Körfges [SPD])

- (A) Politik ist darauf angewiesen, Stimmungen aufzunehmen. Aber mit aufgenommenen Stimmungen Stimmung zu machen und sich nachher zu keinem Lösungsvorschlag zu bekennen, ist der gute Stil von Nachwuchspopulisten. Ich hoffe, Sie überlegen sich das im Interesse der Sache noch einmal, denn das Gegenteil der hier vorgebrachten Argumente ist richtig.

Wenn eine moderne und leistungsstarke Verwaltung Voraussetzung für Zuverlässigkeit und Sicherheit ist, und wenn diejenigen, die diese Struktur von außen beurteilt haben, die eben nicht die Insider sind, uns in unserer Sicht der Zusammenlegung bestärken, gilt es doch, so schnell als möglich die von Herrn Minister Dieckmann angesprochenen Ziele zu erreichen: Senkung des Overheads - das kommt dem Vollzug an der Basis zugute -, Verringerung von Koordinierungs- und Abstimmungsaufwand, landeseinheitliche Entscheidungspraxis und, last but not least - Herr Kollege Söffing hat darauf hingewiesen -, konsequente Trennung von strategischer Planung und Durchführung von Aufgaben.

- (B) Wenn das alles richtig ist, stellt sich wirklich die Frage: Warum wollen Sie zum jetzigen Zeitpunkt keine Entscheidung? Bei Reformen werden nämlich die Zeitpunkte von denen, die eigentlich keine Reform wollen, immer zum Anlass genommen, ein bisschen herumzumäkeln, wenn sie sich nicht mehr trauen, insgesamt Nein zu sagen. Natürlich ist jede Änderung mit einer Umstellungsphase verbunden. Aber das fällt immer an. In diesem Punkt schließe ich mich ganz ausdrücklich der Ansicht der Gewerkschaft Ver.di an, die in der Anhörung geäußert worden ist, dass das nämlich jetzt nicht zu einer Hängepartie verkommen darf.

Meine Damen und Herren, genau das verunsichert und demotiviert. Deshalb sind wir als SPD-Landtagsfraktion für die umgehende Umsetzung der Zusammenlegung. Taktisch um den heißen Brei herumzureden, um im Ergebnis nicht zustimmen zu müssen, nutzt niemandem, auch nicht Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Das gilt sicherlich auch für die Frage des Standorts. Nach unserer Vorstellung - dem entspricht unser Änderungsantrag - muss die Landesregierung ermächtigt sein, im Einvernehmen mit dem Rechtsausschuss unter sachlichen Gesichtspunk-

- (C) ten den Standort festzulegen. Mit diesem Vorgehen ist auch klar - ich bin froh, dass es in dem vorangegangenen Debattenbeitrag ansatzweise noch einmal herausgekommen ist -, dass unseriöse Spekulationen über die Auswahlkriterien überhaupt keinen sachlichen Hintergrund haben.

Es gibt aus der Sicht unserer Fraktion - Kollege Sichau hat es angesprochen - eine Reihe von Standorten, die wir gemeinsam im Rechtsausschuss und im Einvernehmen mit dem Ministerium noch einmal vergleichen sollten. Darunter sind selbstverständlich Wuppertal und Hagen, aber auch Essen und Dortmund.

Ich nenne Ihnen ein paar Kriterien, die für uns dabei wichtig sind: Fahrstrecken, verkehrliche Infrastruktur insgesamt, vernünftige räumliche Möglichkeiten und Kosten. All das sind belastbare Kriterien. Die Zuordnung zu Landesteilen ist sicherlich kein belastbares Kriterium. Wer insgesamt mit diesem Thema - der notwendigen Verwaltungsmodernisierung im Justizvollzug, auch im Hinblick auf den Standort - taktisch-populistische Spielchen spielt und dabei womöglich Gegensätze zwischen Rheinland und Westfalen hochstilisiert, zeigt, wie es die CDU in Bezug auf diese Frage leider tut, dass er im modernen Nordrhein-Westfalen noch nicht angekommen ist. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Helmut Linsen: Vielen Dank, Herr Kollege Körfges. - Für die CDU-Fraktion spricht jetzt der Kollege Biesenbach.

Peter Biesenbach*1 (CDU): Herr Körfges, ich habe Sie das erste Mal richtig heftig gesehen.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Das kann ich noch steigern!)

Langsam kann ich mich damit anfreunden. Ich werde ja von den unterschiedlichsten Mitgliedern des Landtags als "Nachwuchspopulist" bezeichnet. Herr Baranowski, wenn ich erlebe, mit welchem Ernst wir dieses Thema behandelt haben, wenn ich die Hintergründe kenne, und wenn ich höre, dass Sie das als "nachwuchspopulistisch" bezeichnen, lege ich Wert darauf, mir auch den Titel "Populist" zu erwerben, denn dann sind wir in der Sache noch ein Stückchen besser.

(D)

(Peter Biesenbach [CDU])

(A) Wissen Sie, ich brauche mit Ihnen gar nicht um die Punkte zu fechten, denn diejenigen, die es angeht, hören es ja. Die Fachleute im Strafvollzug verfolgen unsere Debatte sehr genau. Sie waren in der Anhörung, im Rechtsausschuss und sitzen jetzt auf den Tribünen. Sie wissen die Beiträge heute hier zu werten. Sie werden sich ebenfalls sehr genau ansehen, worüber wir heute hier gestritten haben. Ich habe bei Ihnen auch nicht ein einziges Mal die Auseinandersetzung mit denjenigen wahrgenommen, die in der Anhörung gegen die Zusammenlegung zum jetzigen Zeitpunkt waren.

(Frank Baranowski [SPD]: Time is over!)

- Herr Baranowski, lesen Sie einmal das Protokoll, dann können Sie mitreden.

(Frank Baranowski [SPD]: Ich gucke auf die Uhr!)

Noch einmal: Womit haben Sie sich beschäftigt? - Mit der Position der CDU von vor einigen Jahren, mit Nachschwuchspopulisten und mit Mäkelei.

(Frank Sichau [SPD]: Stimmt doch nicht!)

(B) Das ist wieder dieselbe Diskussion: zur Sache kein Wort, kein einziges Argument, aber dafür mit umso größerer Lautstärke. Herr Sichau, alle diejenigen, die sich mit der Sache beschäftigen, wissen, dass Sie völlig neben der Spur liegen. Damit können wir ganz gut leben. Das Bedauerliche ist nur, dass Sie dem Strafvollzug schaden und wir keinen Wert darauf legen, in zwei Jahren Recht zu haben. Aber wahrscheinlich erleben wir, dass es so kommen wird.

Was die Sicherheit angeht, können Sie nachlesen, dass der Ministerpräsident mir vor einigen Monaten vorwarf, das Bild einer Apokalypse zu zeichnen. Ich brauche nur täglich die Zeitungen aufzuschlagen. Wir brauchen nur das zu addieren, was in den Anstalten geschieht, um die Wirklichkeit zu kennen. Das werden wir verfolgen, und darüber werden wir hier noch häufig diskutieren müssen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Biesenbach. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir sind am Schluss der Beratung.

(C) Wir kommen zur **Abstimmung**. Der Rechtsausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung Drucksache 13/2742, den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer ist für diese Beschlussempfehlung? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 13/2742** nebst **Berichtigung Drucksache 13/2769** angenommen, und zwar mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der FDP gegen die Stimmen der CDU-Fraktion. Der Gesetzentwurf Drucksache 13/1846 ist damit in zweiter Lesung verabschiedet.

6 Gesetz zur Neuregelung der Rechtsverhältnisse der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/2124

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 13/2743

zweite Lesung

(D) Ich weise auf den **Änderungsantrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 13/2765** und auf den **Entschließungsantrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 13/2776** hin.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die Fraktion der SPD dem Kollegen Walsken das Wort.

Ernst-Martin Walsken (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zu Beginn der Beratung dieses Punktes mit einem herzlichen Dankeschön an alle Beteiligten anfangen, denen es gelungen ist, diesen Gesetzentwurf in der Form in den Landtag einzubringen und bis hierher zu tragen.

(Beifall bei der SPD)

Das war keine einfache Geschichte. Ich denke, dieses Dankeschön sollten nicht nur die Koalitionsfraktionen aussprechen. Auch die anderen Fraktionen wären gut beraten, ein Dankeschön denen zu sagen, die im Hintergrund mitgewirkt